

Stadt Vetschau/Spreewald

Mitteilungsvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	MV-StVV-159-04			
	AZ:				
	Datum:	10.08.2004			
	Amt:	Finanzverwaltungsamt			
	Verfasser:	Marina Vogt			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
26.08.2004 Stadtverordnetenversammlung					
Betreff Stand der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes (Beschluss vom 19.02.04)					

Mitteilungsinhalt:

Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept der Stadt wurde am 19.02.2004 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen und mit Auflagen durch die Kommunalaufsicht genehmigt, womit auch die Haushaltssatzung der Stadt genehmigt war.

Allen Ausführungen voranzustellen ist, dass die von allen Kommunen Deutschlands erwartete Gemeindesteuerreform, die über mehrere Jahre die Gremien beschäftigte, in keiner Weise die Erwartungen der Kommunen erfüllt hat und somit als gescheitert angesehen werden kann. Auch das für das Land Brandenburg angekündigte Finanzausgleichsgesetz wird nun erst zum 01.01.2005 wirksam.

Hohe Erwartungen, die zwischenzeitlich auch immer wieder untersetzt schienen, flossen in den Finanzplan bis zum Jahre 2007 und in das Haushaltssicherungskonzept ein, da seien u.a. zu nennen:

- die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen,
- die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen vom Land,
- die Entwicklung der Beteiligung der Stadt an der Einkommens- und Umsatzsteuer,
- die Senkung der Kreisumlage aufgrund der Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beim Arbeitsamt und die Reduzierung der Ansätze für die Grundsicherung von Bürgern.

Eine Entlastung der kommunalen Haushalte 2004 bringt die Herabsetzung der Gewerbesteuerumlage von 78 v. H 2003 auf 46 v. H. 2004. Ansonsten sind die finanziellen, materiellen und personellen Auswirkungen von Hartz IV auf die Kommunen zurzeit in aller Munde und es geht um weitere Belastungen statt Entlastungen für die Gemeinden.

Davon ausgehend können die mit dem Haushaltssicherungskonzept gesteckten Ziele jetzt als nicht mehr ausreichend angesehen werden, andererseits sind Spar- und Minimierungsmöglichkeiten ausgereizt (bereits seit Jahren).

Was ist bisher in 2004 zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes eingeleitet bzw. erreicht worden?

1.) Haushaltssperren im Verwaltungshaushalt in Höhe von 191.900 € sind festgelegt worden (eingearbeitet in den Haushaltsnachtrag).

2.) Der Notarvertrag für den Verkauf des Grundstückes der ehemaligen 1. Grundschule ist abgeschlossen worden; Geldfluss frühestens 2006.

3.) Im Internet unter www.vetschau-spreewald.de sind Grundstücke der Stadt einschließlich der Ortsteile zum Verkauf angeboten worden (Vetschau, Kirchstraße 7, ehemalige Dorfschule Repen, Herrenhaus Stradow, die Wohnblöcke in Göritz, Raddusch, Missen, Koßwig). Kaufinteressenten haben sich bisher nicht gemeldet. Derzeit laufen Verhandlungen mit einem möglichen Investor für das Herrenhaus Laasow.

4.) Betreffs der „Grundsteuerlichen Neuordnung des I.T.S.-Gebietes wurde zwecks des Fliesenwerkes (Bewertung auf den 01.01.2004) das Finanzamt angeschrieben. Ebenso bezüglich der fertiggestellten Eigenheime am Standort „Spreewaldblick“.

Einheitswertbescheide hat das Finanzamt Calau bisher noch nicht erlassen.

- 5.) Die Essenversorgung für die Schulen ist ab dem 01.07.2004 so geregelt, dass keine Zuschussung zu den Portionskosten durch die Stadt mehr erfolgt.
Die Feriengestaltung ist so organisiert, dass alle Kosten von den Eltern zu tragen sind. Lediglich 300 € sind noch als Zuschuss der Stadt für Verbrauchsmaterialien vorgesehen.
- 6.) Im vorliegenden Nachtragsentwurf konnten die Personalausgaben um 85.500 € reduziert werden. Die 3 Altersteilzeitstellen im Bauhof sind mit einem KW-Vermerk versehen worden.
- 7.) Die Garagenpachten für im Stadtzentrum gelegene Garagen wurden ab 01.01.2004 auf 50,-- € erhöht (vorher 38 €).
- 8.) Es wurden bisher drei Geräte (Dimmer) für Energiesparmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung angeschafft und eingesetzt. Ein Einspareffekt von ca. 40 % ist zu verzeichnen. Leider werden diese Ergebnisse unterm Strich durch Strompreiserhöhungen zum Teil wieder aufgezehrt.
- 9.) Die Konzessionsabgaben konnten im Haushaltsnachtrag um 5.000 € erhöht werden. Was die Auswirkungen aus dem Betrieb des Fliesenwerkes auf den Erdgasverbrauch betrifft, lässt sich eine Erhöhung erwarten.
Äußerst erfreulich ist die Entwicklung der Dividendenausschüttung für die Anteile der Stadt an der enviaM (über die GkEA), wofür im Nachtrag 24.300 € mehr veranschlagt werden konnten.
- 10.) Der Verkauf der REG mbH bzw. die Einbeziehung dieser in die umstrukturierten Wohnungsunternehmen ist bisher nicht erfolgt. Im Hinblick auf die mehr denn je geförderte „wirtschaftliche Betätigung“ der Kommunen in der rezessiven Wirtschaftsphase sei über diese Maßnahme nochmals neu zu beraten und zu beschließen (Beispiel LAGA 2009 evtl.).
- 11.) Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt liegt zur Beschlussfassung vor; Mehreinnahmen werden sich daraus bei Beschlussfassung (Zustimmung) ergeben.
- 12.) Es laufen zurzeit Verhandlungen mit Finanzierungsunternehmen zur Umschuldung der Kredite der Stadt in sog. EURO-Darlehen. Bei Abschluss von Verträgen könnte die Stadt zu Zinseinsparungen in Größenordnungen kommen.

In der Bearbeitung befinden sich zurzeit noch folgende Maßnahmen:

- Bemühungen, den Betrieb der Turnhalle in der Heinrich-Heine-Straße vorzeitig (31.12.2004 oder 30.06.2005) einzustellen.
Es liegt jedoch noch keine Stellungnahme zur Abschlussfinanzierung der Kompaktstation vor.
- Eine Zuschussungsgrundsatzregelung für Vereine befindet sich mit der Zielstellung in der Bearbeitung, eine geringere Zuschusssumme zielgerichtet einzusetzen.
- Moderate Erhöhung der Eintrittspreise im Sommerbad ab der Saison 2005.
Eine Eintrittspreiserhöhung ohne Augenmaß kann zu Mindereinnahmen bei gleichen Ausgaben führen.
Angebot des Bades als Veranstaltungsort zur Erzielung weiterer Einnahmen im Jahr 2005.
- Erhöhung des Nutzungsentgeltes in der Bibliothek ab dem 01.01.2005.

Nicht durchgeführt werden soll nach nochmaliger Prüfung der Voraussetzungen usw.:

- die Kündigung der kostenlosen Nutzung des Hauses der Musik durch den Landkreis und in der weiteren Nutzung durch den Musikverein wird nicht mehr vorgesehen.
Dem Musikverein würde damit die Existenzgrundlage entzogen und ein leeres Gebäude ohne Nachnutzung würde etwa die gleichen jährlichen Kosten verursachen.

- Die Schließung des Sommerbades und der Bibliothek werden nicht vorgesehen.
- Erhöhung der Nutzungsentgelte für die Nutzung der Sportstätten, weil die starke Tendenz besteht, Nutzungszeiten aus Kostengründen zu reduzieren. Daraus resultieren geringere Einnahmen bei gleichbleibenden Kosten.
- Die unter Punkt 3.6. im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Einsparungen an den Leistungen des Bauhofes sind nur im geringen Maß möglich. So müssen öffentliche Spielplätze entweder kontrolliert und gereinigt werden bzw. Leistungen für das Sommerbad und die Sport- und Freizeitanlage extern eingekauft werden oder werden Nichtleistungen z. B. für Kultur und Vereine zur Undurchführbarkeit von Veranstaltungen führen.
- Die Gebührenerhöhung für die Sauna in der Kita „Rappelkiste“ ist nun als ein falscher Ansatz erkannt worden. Mit den jetzigen Nutzungsgebühren werden die durch den Betrieb entstehenden Kosten gedeckt und ein Überschuss als zusätzliche Einnahme erwirtschaftet. Eine Gebührenerhöhung auf das vorgeschlagene Maß kontraproduktiv für die, die ehrenamtlich für und in Einrichtungen der Stadt arbeiten und Geld- sowie Sachspenden einwerben oder mitbringen. Die Umsetzung dieses Punktes führt zur Stilllegung und den Verlust der jetzigen Einnahmen sowie zum Verlust von ehrenamtlicher Arbeit für die Stadt.
Der Punkt ist mit dieser Aussage aus dem Konzept zu streichen.

Im Sinne des Haushaltes wird versucht, die Nutzung auszuweiten und die Einnahmen als Überschuss zu den betriebsnotwendigen Ausgaben zu erhöhen. (Einnahmen bis 31.05.2004 = 470 Euro)

Möglicherweise sollten wir uns auch damit beschäftigen, ob Standard's, die die Kosten bestimmen, unbedingt eingehalten werden müssen z. B. bei Auflagen in Denkmal-, Naturschutz- oder Wasser-/Abfallrecht.

Die weitaus größten Finanzentwicklungen waren im Konzept aus Mehreinnahmen in Größenordnungen bei den bereits am Anfang dieses Berichtes angeführten Positionen im Jahr 2006 angedacht:

- Zusammenlegung Sozial- und Arbeitslosentreff (über die Kreisumlage)	400.000 €
- Schlüsselzuweisungen	500.000 €
- Einkommens-/Umsatzsteuerbeteiligung	600.000 €
- Gewerbesteuer	400.000 €

Diese Entwicklungen werden aus heutiger Sicht nicht eintreten, womit die Finanzlage der Stadt erneut zur Disposition steht.

Mit der Festlegung des Landes Brandenburg spätestens zum 01.01.2008 die Doppik in den Kommunalverwaltungen als Finanzsystem einzuführen, wird spätestens ab diesem Zeitpunkt durch die gesamte Bewertung des kommunalen Vermögens für die Kommunen ein Vermögen in zurzeit noch nicht überschaubarer Größenordnung in den Büchern stehen. Ob dann gleichzeitig Liquidität in der Stadtkasse vorhanden sein wird, bleibt abzuwarten.

Soweit ein kurz- und zusammengefasster Überblick zum Stand der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------